

Die Erwartungen der Industrie für 1999

Für das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher mit einem nachlassenden Wirtschaftswachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte 1999 in der Größenordnung von 2% liegen nach 2,7% in diesem Jahr. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1999 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung?

Kunibert Schmidt

Automobilindustrie: Was kommt nach dem Boom?

Das Jahr 1998 bescherte der deutschen Automobilindustrie einen in diesem Ausmaß nicht vorhergesehenen Boom: Die Produktion von Kraftwagen konnte um gut ein Zehntel gesteigert werden. Darin schlugen sich die wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie ebenso nieder wie günstige konjunkturelle Faktoren. Dabei gingen vom Export abermals die entscheidenden Impulse aus.

Seit dem Herbst waren jedoch die Anzeichen für ein Erlahmen der Auftriebskräfte unübersehbar. Die Auswirkungen der Krisen in Asien, Lateinamerika und Rußland beeinträchtigen direkt, zunehmend aber auch indirekt über ihre dämpfende Wirkung auf andere Volkswirtschaften, die Exportchancen der deutschen Automobilindustrie. In dieser schon von Labilität gekennzeichneten Konjunkturphase drohen die steuerpolitischen Beschlüsse der neuen Bonner Koalition die Automobilkonjunktur 1999 auch im Inland erheblich zu schwächen

Ein neuer Produktionsrekord

Mit 5,6 Mill. Einheiten erreicht die Automobilproduktion in dem zu

Ende gehenden Jahr einen neuen Rekord. Dieses Ergebnis konnte nur dank außerordentlicher Anstrengungen, wie Sonderschichten und die Kürzung bzw. den Wegfall von Werksferien realisiert werden. Auch die Zulieferindustrie erwies sich als flexibel genug, ihre Produktion entsprechend zu steigern. Damit hat die Automobilindustrie im zweiten Halbjahr 1998 ein sehr hohes Produktionsniveau erreicht und geht mit beachtlichem Schwung in das neue Jahr. Von der weiteren Nachfrageentwicklung wird es abhängen, wie lange diese günstige Konstellation anhält.

Mit ihrem erneuerten und verbreiterten Modellprogramm konnten die deutschen Pkw-Hersteller die Attraktivität ihres Angebots in den letzten beiden Jahren erheblich stärken. Die starke Nachfrage nach neuen Modellen führte teilweise zu erheblichen Lieferfristen. So kam es zum Aufbau beachtlicher Auftragsbestände, die jedoch seit Sommer 1998 im Abschmelzen begriffen sind. Der Inlandsauftragseingang war bereits seit dem Sommer 1997 rückläufig und ist inzwischen unter das Ni-

veau der Neuzulassungen zurückgefallen. Die Auftragsbestände stützen somit derzeit noch das hohe inländische Absatzniveau, ein Prozeß, der sich auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1999 fortsetzen dürfte. Jedoch läuft der durch die Einführung der emissionsorientierten Kraftfahrzeugsteuer ausgelöste Erneuerungseffekt nun aus, und die Anstoßwirkung der Einführung neuer Volumenmodelle verliert gleichzeitig an Dynamik. Damit zeichnet sich auch ohne eine weitere Verunsicherung oder steuerliche Mehrbelastungen der Autofahrer für 1999 allenfalls noch ein geringfügiges Plus bei den Pkw-Neuzulassungen ab.

Deutlich erhöhte Risiken

Das von der rot-grünen Koalition vorgelegte Regierungsprogramm erfüllt erfreulicherweise nicht alle Befürchtungen der Autofahrer. So wurde die von manchen Koalitionären erhobene Forderung nach Einführung eines Tempolimits vorerst abgelenkt und die Abschaffung der Kilometerpauschale zurückgestellt. Schon wird aber über die zwei weiteren Stufen einer Ökosteuer diskutiert, und es wer-

den hierfür verschiedentlich schon höhere Beträge einer Mineralölsteuererhöhung gefordert, die über die der ersten Stufe sogar noch hinausgehen. Noch ist nicht abzusehen, wohin der Weg geht und wie die Autofahrer diese Ankündigungen aufnehmen werden. Hinzu kommt die Halbierung des Vorsteuerabzugs bei der Mehrwertsteuer für Pkw, die von Gewerbetreibenden, Selbständigen oder Gesellschaftern von Personengesellschaften auch privat genutzt werden.

Zudem wird die von der Koalition angestrebte Steuerreform trotz der bis zum Jahr 2002 versprochenen Nettoentlastung voraussichtlich nicht nur zu einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen, sondern auch der privaten Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen führen, die in erster Linie als Neuwagenkäufer in Frage kommen. Das Risiko, daß die Schwäche der inländischen Pkw-Nachfrage anhält, wird somit deutlich erhöht. Dies könnte zur Folge haben, daß 1999 statt eines bescheidenen Plus bei den Pkw-Neuzulassungen ein Rückgang eintritt.

Erwarteter Produktionsrückgang

Die Pkw-Ausfuhr profitierte 1998 vor allem von den expandierenden westeuropäischen Märkten. Die Lieferungen dorthin konnten um 11% (Januar bis September) gesteigert werden. Die Pkw-Ausfuhr nach Osteuropa konnte gleichzeitig sogar um 19% erhöht werden. Am US-Markt konnten die deutschen Pkw-Hersteller mit einem Exportanstieg um 29% deutlich Marktanteile gewinnen. Dagegen führten die Krisen in Asien zu einem Rückgang der Exporte in diese Region um ein Fünftel. Für 1999 zeichnet sich in Westeuropa

ein Nachfragerückgang ab, für den vor allem die Reaktion des italienischen Marktes auf das Auslaufen der Verschrottungsprämie und die absehbare konjunkturelle Abschwächung in Großbritannien verantwortlich sind. Die Signale von den Märkten außerhalb Westeuropas sind uneinheitlich. Eine deutliche Nachfragebelebung ist jedoch für keine der Krisenregionen zu erwarten; im Gegenteil: Die Gefahr, daß weitere Länder, etwa in Osteuropa, in den Sog der Krisen geraten, ist unübersehbar. Von diesen Faktoren hängt es auch ab, ob es 1999 bei einem geringen Rückgang der Pkw-Ausfuhr bleibt, oder ob noch deutlichere Einbußen hin genommen werden müssen.

Für die Entwicklung der Pkw-Produktion ergibt sich aus dieser Konstellation der Märkte die Erwartung eines Rückgangs, dessen

Ausmaß voraussichtlich gering bleiben wird, der jedoch bei einer Kumulierung der absehbaren Risiken auch deutlicher ausfallen könnte.

Im Nkw-Sektor trugen 1998 Inlands- und Auslandsabsatz nahezu in gleicher Weise zum Produktionsanstieg bei. Während die Neuzulassungen um 9% anstiegen, erhöhte sich die Ausfuhr um 10%. Dabei ist die, insbesondere bei den schweren Fahrzeugen von über 6 t, eingetretene lebhaftere Expansion Ergebnis des zyklischen Erneuerungsbedarfes, aber auch im Zusammenhang mit der Freigabe der Kabotage durch die europäische Verkehrspolitik zu sehen. Diese Triebkräfte sind dabei, sich zu erschöpfen. Hinzu kommt die Verunsicherung gerade mittelständischer Unternehmer durch die Steuerbeschlüsse der rot-grünen Koalition, so daß für 1999 sowohl im Inland wie auf den meisten westeuropäischen Märkten Absatzeinbußen erwartet werden. Es ist deshalb im Jahresverlauf mit einer Rücknahme des Produktionsvolumens zu rechnen.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Unabhängig von der Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung bleibt die Automobilindustrie bei ihrer Strategie der Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und der Globalisierung. Sie setzt die Fortentwicklung ihrer Produktpalette mit den Zielen einer Erneuerung und Verbreiterung entschlossen fort und nutzt die Kostensenkungspotentiale der Plattformstrategie und der Modulbauweise zunehmend. Durch Investitionen in ausländische Fertigungsstätten sowie Übernahmen und Fusionen wird die Ausrichtung der Unternehmen auf den globalen Wettbewerb weiter vorangetrieben. Dabei werden Rückschläge

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 53, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 46, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Dr. Franz-Josef Wissing, 59, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVE) in Frankfurt/Main.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 61, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

auf einzelnen Märkten wie in Südostasien oder Brasilien keineswegs zum Anlaß genommen, eigene Engagements zu lösen, sondern die Strukturen weiter zu optimieren.

Die Globalisierungsbemühungen gehen Hand in Hand mit den Anstrengungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der inländischen Fertigungsstätten. So investierte die deutsche Automobilindustrie 1998 17,7 Mrd. DM im Inland. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 14%. Auch 1999 dürfte das Investitionsvolumen nochmals um ein Zehntel anwachsen.

In den beiden letzten Jahren konnte die Automobilindustrie einen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten. Seit Ende

1996 hat sich die Zahl der Beschäftigten um 65 000 erhöht, davon allein gut 40 000 seit Ende des vergangenen Jahres. Insgesamt sind derzeit nahezu 721 000 Personen in der deutschen Automobilindustrie beschäftigt. Angesichts der zu erwartenden Produktionsentwicklung dürfte der Beschäftigungsstand 1999 bestenfalls gehalten werden können. Viel wird auch davon abhängen, ob die Tarifpartner zu einer Fortsetzung ihres Kurses der moderaten Lohnpolitik finden werden. Über den Produktivitätsanstieg hinausgehende Steigerungen der Lohnkosten würden den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zurückwerfen. Dies hätte eine Verschlechterung der Perspektiven für die Beschäftigung in den inländischen Werken der Automobilher-

steller, vor allem aber auch der mittelständischen Zulieferindustrie zur Folge.

Nach mehreren Jahren Expansion hat die deutsche Automobilproduktion 1998 ein neues Rekordniveau erreicht, so daß die Aussicht auf einen moderaten Rückgang kein Anlaß zu Panikreaktionen sein sollte. Besorgnis bereitet aber vor allem die unzureichende Bereitschaft der Politik, die Labilität der Automobilkonjunktur und die möglichen Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Automobilnachfrage mit in ihr Kalkül einzubeziehen. Für eine Regierung, die eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation auf ihrer Prioritätenliste obenan gestellt hat, wäre dies aber ein schwerwiegendes Versäumnis.

Michael Knipper

Die Lage der deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1998/99

Zum 1. Januar 1999 wird die erste Stufe der Europäischen Währungsunion eingeführt. Die nationalen Volkswirtschaften Europas rücken damit noch näher zusammen. Die Auswirkungen dieser „Europäisierung der Wirtschaft“ zeigen sich seit geraumer Zeit auch auf dem deutschen Bauproduktmarkt. Dieser befindet sich zum Jahreswechsel 1998/1999 in einer unverändert schlechten Verfassung; der anhaltende Rückgang der Beschäftigung im Bauhauptgewerbe ist dabei nicht nur auf konjunkturelle Probleme, sondern auch auf die anhaltende Präsenz von Subunternehmern aus anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union auf dem deutschen Bauproduktmarkt zurückzuführen.

Auch 1998 konnte die deutsche Bauwirtschaft die strukturellen und konjunkturellen Probleme noch nicht überwinden. Nach Schätzung des Hauptverbandes sind die gesamtdeutschen Bauinvestitionen um real 3% auf 427 Mrd. DM zurückgegangen. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unterzeichnet allerdings die Dramatik der Entwicklung im deutschen Bauhauptgewerbe. Während 1996 und 1997 die nominalen Bauinvestitionen in Deutschland um 6,4% zurückgingen, sank im Bauhauptgewerbe der baugewerbliche Umsatz um 10%. Diese Diskrepanz hat auch 1998 angehalten, da die Firmen des deutschen Bauhauptgewerbes von der relativ stabilen Entwicklung im Ausbaugewerbe,

insbesondere in den Bereichen Modernisierung und Instandhaltung im Gebäudebestand, nicht profitiert haben.

Baukonjunktur 1999

Für 1999 erwartet der Hauptverband eine Stabilisierung der Auftragslage: Im Westen ist mit einer weiteren Belebung der Bau nachfrage zu rechnen, im Osten wird sich der Nachfragerückgang allmählich abschwächen. Dafür spricht:

Im westdeutschen Bauhauptgewerbe legte von Januar bis September der Auftragseingang preisbereinigt um 1,8% zu. Während im Wohnungsbau (-2,5%) die Nachfrage weiterhin schwach war, sta-

gierte der Auftragseingang im Wirtschaftsbau; die öffentliche Baunachfrage stieg um real 7% an. In Ostdeutschland ging der Auftragseingang in den ersten drei Quartalen gegenüber dem – ohnehin schon schwachen – Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums nochmals real um 1,3% zurück. Gestützt wurde die Entwicklung lediglich von einem Wachstum der öffentlichen Baunachfrage von 11,7%. Im Wohnungsbau (-7,2%) sowie im Wirtschaftsbau (-7,3%) war die Auftragslage aber deutlich schlechter.

Die Baugenehmigungen spiegeln unsere Erwartungen für das Jahr 1999 wider. Von Januar bis September 1998 ging in Westdeutschland die Zahl der Neubaugenehmigungen für Wohnungen um 1,2% zurück. Während im Bereich der Mehrfamilienhäuser ein weiterer Genehmigungsrückgang von 13,1% zu konstatieren war, sorgte das Wachstum von 10,7% bei den Ein- und Zweifamilienhäusern für die relativ stabile Entwicklung. Im westdeutschen Wirtschaftsbau stieg das genehmigte Volumen um 15,9%; dieses Wachstum dürfte sich Ende 1998/Anfang 1999 auch im Auftragseingang niederschlagen. Bei den Öffentlichen Gebäuden lag das Wachstum des genehmigten Volumens bei 8%.

In den neuen Bundesländern war in den ersten drei Quartalen ein überproportionaler Rückgang bei den genehmigten Neubauwohnungen um ein Drittel festzustellen. Neben einem Rückgang der Genehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern von 7,7% war vor allem im Bereich der Mehrfamilienhäuser ein Einbruch um mehr als die Hälfte für diese Entwicklung verantwortlich. Auch im Bereich der Wirtschaftsbauten ging das genehmigte Volumen mit 15,3% deutlich zurück. Lediglich

für das relativ kleine Marktsegment der Öffentlichen Hochbauten war ein Genehmigungsplus von 22% zu verzeichnen.

Diese Daten lassen – mit der gebotenen Vorsicht – für das Jahr 1999 eine Stabilisierung der Bauproduktion erwarten. In Westdeutschland dürften die Bauinvestitionen preisbereinigt um 1% auf 315,5 Mrd. DM zulegen; für die neuen Bundesländer ist dagegen lediglich eine Verlangsamung des baukonjunkturellen Abschwungs zu erwarten. Nach unserer Einschätzung werden die Investitionen preisbereinigt um weitere 4% auf 110 Mrd. DM zurückgehen.

Wohnungsbau

In Westdeutschland werden die Wohnungsbauinvestitionen – nach vier Jahren des Rückgangs – preisbereinigt um 1,5% zulegen. Aufgrund ihres hohen Gewichtes von 58% an den gesamten westdeutschen Bauinvestitionen ist dies für die Entwicklung des Gesamtmarktes sehr bedeutsam. Während der Geschößwohnungsbau im Jahresverlauf seinen Tiefpunkt erreicht und die Produktion im Gesamtjahr nur noch minimal zurückgehen dürfte, sorgen vor allem das stabile Wachstum im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser sowie leicht zulegende Investitionen im Wohnungsbestand für diese Entwicklung.

In den neuen Bundesländern – wo der Anteil der Wohnungsbauinvestitionen an der gesamten Bautätigkeit mit etwa 46% niedriger liegt – muß eine weitere reale Abnahme der Investitionstätigkeit von 6% verkraftet werden. Rückgänge sind hier in allen Marktbereichen zu erwarten; das hohe Fertigstellungsniveau der letzten Jahre führt vor allem im Geschößwohnungsbau zu erheblichen Vermarktungsproblemen und Mietpreisab-

schlägen, die viele Investoren zu einem kompletten Rückzug aus dem Markt veranlassen. Der leichte Rückgang bei Ein- und Zweifamilienhäusern erklärt sich aus der Tatsache, daß in diesem Marktsegment – anders als in Westdeutschland – in den letzten Jahren zu rund einem Fünftel Kapitalanleger zu Vermietungszwecken investiert haben, die sich ebenfalls aus dem Markt zurückziehen. Das Auslaufen der 40%igen Sonderabschreibung für Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand zum Ende des Jahres 1998 sorgt auch in diesem Teilbereich für eine rückläufige Entwicklung.

Wirtschaftsbau

Ebenso unterschiedlich verläuft die Entwicklung im gewerblichen Bau. In Westdeutschland ist nach einem Rückgang, der nunmehr bereits sechs Jahre andauert hat, erstmals wieder ein reales Wachstum von 1,5% zu erwarten. Die Investitionspläne der Industrie, die für 1999 erstmals wieder in größerem Umfang baurelevante Erweiterungsinvestitionen vorsehen, sowie rückläufige Leerstandsquoten und steigende Mietpreise bei Büro- und Verwaltungsgebäuden in einigen westdeutschen Ballungsgebieten sorgen für diesen Umschwung.

In den neuen Bundesländern ist im Gegensatz dazu ein Ende der Talfahrt im Wirtschaftsbau nicht abzusehen; die Investitionen werden preisbereinigt um weitere 5% zurückgehen. Leerstandsquoten von 10% in Berlin, 20% in Dresden und 30% in Leipzig im Bereich der Gewerbeimmobilien sorgen für Vermarktungsprobleme, Mietpreisabschläge und rückläufige Investitionen. Im industriellen Bereich steigt zwar der Auslastungsgrad, dieser trifft allerdings bislang noch auf

ausreichende Kapazitätsreserven, so daß sich das Produktionswachstum noch nicht in entsprechenden Erweiterungs- und damit Bauinvestitionen niederschlägt.

Öffentlicher Bau

Im Öffentlichen Bau Westdeutschlands ist 1999 mit einem weiteren preisbereinigten Rückgang der Investitionstätigkeit von 1% zu rechnen. Die Genehmigungs- und Auftragszuwächse in den ersten neun Monaten dürften zu einem nicht unerheblichen Teil auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Bundestagswahl zurückzuführen sein, die im letzten Quartal 1998 ausgelaufen sind. Zudem verbessert sich 1999 die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden, der Hauptinvestoren im Öffentlichen Bau, nicht wesentlich. Für den Bereich der neuen Bundesländer erwarten wir dagegen ein preisbereinigtes Wachstum der Investitionen von 1,5%; dies ist hauptsächlich auf die – nach langer Planungs- und Genehmigungsphase – beginnende Realisierung größerer Verkehrsinfrastrukturprojekte zurückzuführen.

Die rückläufige Bauproduktion und die deutliche Präsenz der ausländischen Subunternehmer auf dem deutschen Bauproduktmarkt haben von 1995 bis 1998 im Bauhauptgewerbe zu einem Abbau von 300 000 Arbeitsplätzen geführt. Hinzu kommt noch, daß in größeren Unternehmen zunehmend Bereiche mit Dienstleistungscharakter rechtlich ausgelagert werden und damit nicht mehr zum Bauhauptgewerbe zählen. Während 1998 im Durchschnitt noch 1,112 Mill. Beschäftigte zu verzeichnen waren, dürfte ihre Zahl 1999 nochmals um etwa 50 000 – vornehmlich in Ostdeutschland – zurückgehen.

Weiterhin florierender Auslandsbau

Wie bereits in den Vorjahren, haben im Gegensatz zur Konjunkturfaute im Inland zumindest 1997 die Auslandserfolge der deutschen Bauindustrie weiter angehalten. Das äußerst hohe Niveau des Auftragseingangs aus dem Ausland, das 1996 bei 19,3 Mrd. DM gelegen hatte, wurde 1997 nochmals um 20% auf 23,3 Mrd. DM gesteigert. Dies ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß deutsche Bauunternehmen Ende 1997 weltweit Beteiligungen an 221 Bauunternehmen gehalten haben. Der Anteil der über diese ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften hereingeholten Aufträge an der gesamten Ordertätigkeit im Ausland liegt mittlerweile bei 80%. Schwerpunkt der Entwicklung waren gleichermaßen Europa und Nordamerika, auf die jeweils etwa ein Drittel der gesamten Auslandsaufträge entfielen.

Bedingt durch die Asien- und die Rußlandkrise hat sich das Klima für das Auslandsgeschäft verschlechtert. Die im Auslandsbau tätigen Unternehmen halten jedoch nach wie vor an ihrer Politik fest, das Netz von Beteiligungen und Niederlassungen weltumspannend weiter auszubauen. Auch in den Krisenregionen wollen die meisten Unternehmen – mit Blick auf die langfristigen Wachstumserwartungen – ihre Marktpräsenz aufrechterhalten.

Das Baujahr 1999 im Zeichen der Politik

Unsere Prognose steht jedoch unter dem Vorbehalt, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen gegenüber 1998 nicht grundlegend ändern. Erste Gesetzentwürfe bzw. Ankündigungen der neuen Bundesregie-

rung lassen jedoch an einigen Stellen ein Gefährdungspotential erkennen, das für die deutschen bauwirtschaftlichen Firmen im neuen Jahr deutliche Beeinträchtigungen mit sich bringen könnte:

Die Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 würde die deutsche Bauwirtschaft sowohl direkt als auch indirekt belasten. Direkt wäre die Bauwirtschaft z.B. (wegen ihrer zeitlich befristeten ausländischen Betriebsstätten) von der Streichung der Abzugsfähigkeit ausländischer Betriebsstättenverluste betroffen. Vieles spricht dafür, daß unter diesen steuerlichen Rahmenbedingungen der traditionelle Auslandsbau vom Firmensitz aus ganz eingestellt würde. Das Auslandsgeschäft wie auch die damit verbundenen Arbeitsplätze würden ins Ausland verlagert.

Darüber hinaus würde die Branche durch die Streichung der Teilwertabschreibung erheblich belastet, nachdem bereits die Streichung der Drohverlustrückstellungen erhebliche finanzielle Nachteile für die Bauunternehmen mit sich gebracht hatte. Vor nahezu unlösbare Probleme würde die Bauunternehmen eine unbegrenzte rückwirkende Auflösung von Teilwertabschreibungen stellen. Zusammen mit einigen anderen – an dieser Stelle nicht explizit erwähnten – Einzelpunkten des Steuerentlastungsgesetzes würde der Name dieses Gesetzentwurfes gerade für die Bauunternehmen ins Gegenteil verkehrt. Gerade der bauwirtschaftliche Mittelstand – also die Zielgruppe, die die neue Bundesregierung besonders entlasten möchte – würde teilweise in seiner Existenz bedroht.

Darüber hinaus ist zu befürchten, daß neue steuerliche Lasten viele Unternehmen dazu veranlassen werden, ihre Investitionspläne

zu revidieren. Vor allem der Genehmigungsschub für Wirtschaftsbauten in Westdeutschland, auf den wir ganz maßgeblich unsere positive Prognose für Westdeutschland stützen, bliebe dann ohne Wirkung. Die von uns erwarteten Aufträge würden zurückgestellt.

Die Ankündigung der neuen rot-grünen Bundesregierung, die ohnehin bescheidenen Reformen der alten Regierungskoalition in den Bereichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schlechtwettergeld und Kündigungsschutz zurückzunehmen, stellt die Bauwirtschaft vor schwierige Probleme. Vor allem die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes würde nicht nur – ohne Not – einen mühsam ausgehandelten Tarifkompromiß in Frage stellen, es gingen auch alle Produktivitätsgewinne im Zusammenhang mit der Flexibilisierung in den Sommermonaten wieder verloren. Zusammen würde dies nach unseren Berechnungen zu einer Erhöhung der Lohnzusatzkosten in einer Größenordnung von 4 bis 6% führen; und dies zu einer Zeit, in der – wie kürzlich die Bundesbank berechnet hat – die Umsatz-

rendite in der westdeutschen Bauwirtschaft nach Steuern unter einem Prozent liegt.

Bedenklich ist auch die per Gesetzentwurf vorgesehene verschuldensunabhängige Unternehmerhaftung für den Mindestlohnanspruch der Arbeitnehmer und die Ansprüche der Urlaubskassen. Diese geplante „selbstschuldnerische Bürgenhaftung“ führt im Rahmen mehrstufiger Nachunternehmerketten zu einer Endloshaftung der Hauptunternehmer. Der Hauptverband hat deshalb vorgeschlagen, die Hauptunternehmer zu ermächtigen, von ihren Nachunternehmern künftig pauschal einen Teil der Vergütung einzubehalten, um diese als Vorabzahlung für Steuern und Sozialabgaben an Finanzverwaltung, Sozialversicherungsträger und gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien weiterzuleiten.

Für äußerst bedenklich halten wir zudem medienwirksame Äußerungen des neuen Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen, Dr. Heiner Flassbeck, der öffentlich gefordert hat, bei den kommenden Tarifabschlüssen die Löhne um 3 bis 4% zu erhöhen,

um damit den Konsum anzuregen. Wir waren es bislang nicht gewohnt, daß hochrangige Beamte aus Bundesministerien durch die Vorgabe von Prozentzahlen in die Tarifautonomie eingriffen und auf diesem Wege quasi eine „Leitlinie“ für die Tariflohnabschlüsse vorab definierten. Für die deutsche Bauwirtschaft wäre ein Abschluß, der diesen Zahlen auch nur nahe kommt, angesichts der weiteren geplanten Belastungen und der äußerst schwachen Ertragslage mehr als gefährlich. Solche Vorstöße sind sicherlich nicht geeignet, im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ die Unternehmen dazu zu bewegen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Vor diesem politischen Hintergrund steht die Prognose des Hauptverbandes in diesem Jahr auf ungewohnt unsicheren Grundlagen. Wir können heute nicht mehr ausschließen, daß der bescheidene Zuwachs der Bauinvestitionen, den wir für 1999 in Westdeutschland erwarten, einer Revision der Investitionspläne zum Opfer fällt. Die Folgen für Unternehmen und Arbeitsplätze wären dramatisch.

Franz-Josef Wissing

Elektroindustrie: Gedämpfter Optimismus für 1999

Mit deutlich gedämpftem Optimismus geht die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in das letzte Jahr des 20. Jahrhunderts. Für positive Impulse sorgen der weltweite Wandel von der Industrie- zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft sowie die rege Nachfrage nach Produkten, Systemen und Lösungen für die industrielle Automation.

Auch die 1998 durch strukturelle Veränderungen beeinträchtigten Sektoren „Telekommunikationstechnik“ und „Bauelemente der Elektronik“ rechnen wieder mit steigenden Umsätzen in Deutschland und auf dem Weltmarkt.

Dagegen haben sich die konjunkturellen Antriebskräfte im zu Ende gehenden Jahr spürbar abgeschwächt. Die zögernd voran-

kommende Erholung in Südostasien sowie die ungelösten wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Probleme in anderen Weltregionen – zum Beispiel in Japan und in Rußland – werden auch 1999 ihre Spuren hinterlassen. Die vergleichsweise robuste Konjunkturentwicklung in den USA und in Europa sowie die von der Einführung des Euro ausgehenden Im-

pulse sorgen zwar für einen gewissen Ausgleich; sie reichen aber nicht aus, die zweistelligen Exportzuwächse in den beiden zurückliegenden Jahren auch 1999 fortzusetzen. Die aktuellen Auftragseingänge aus dem Ausland lassen hier eher ein Wachstum in der Größenordnung von 5% erwarten.

Im Inland kommt die konjunkturelle Belebung nur langsam voran. Die Auftragseingänge aus dem Inland zeigten bis in den Herbst 1998 hinein keine einheitliche Tendenz, auch wenn kräftige Zuwächse in einzelnen Teilmärkten mit einem Plus von knapp 4% für ein insgesamt positives Gesamtbild sorgten. Ein bedeutender Druck auf die Erträge geht auch von dem Preiswettbewerb durch zunehmende Importe aus. Stiegen die Elektroimporte 1998 voraussichtlich noch im Gleichschritt mit den Exporten um etwa 10%, ist für 1999 davon auszugehen, daß die Importe deutlich schneller als die Exporte zulegen.

Vor diesem Hintergrund werden sich die Umsatzzuwächse der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie im kommenden Jahr von gut 5% auf 2½ bis 3% annähernd halbieren. Eine noch stärkere Abschwächung ist zu befürchten, wenn zu dem nachlassenden Rückenwind aus dem Export eine Gegenströmung bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland kommen sollte.

Reformen vorantreiben

Für eine Zwischenbilanz der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung fehlen zwar noch wesentliche Konkretisierungen. Klar ist aber: Der angekündigte Kurswechsel hin zu einer nachfrageorientierten Politik mit tendenziell steigenden Steuer- und Abgabenlasten für die Unternehmen,

der ungelöste Reformbedarf im Sozialversicherungssystem sowie das von der IG Metall angekündigte „Ende der Bescheidenheit“ bei den Arbeitskosten drohen zu einer schwerwiegenden Belastung der Binnenkonjunktur zu werden. Für die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie wären die direkten Folgen:

Das gesamtwirtschaftliche Investitionsklima in Deutschland würde sich deutlich verschlechtern, mit direkten Auswirkungen auf rund 60% des Inlandsmarktes der Elektroindustrie.

Die internationale Wettbewerbsposition der in Deutschland erstellten Produkte und Dienstleistungen würde nachhaltig geschwächt. In der Elektroindustrie gehen mehr als 60% der Produktion in den Export, während zugleich mehr als 50% des deutschen Elektromarktes aus Importen bedient werden.

Für die Unternehmen unserer Industrie, deren Entwicklung durch intensiven Wettbewerb, hohe Innovationsdynamik sowie zunehmende Internationalität geprägt ist, gibt es keine erfolgversprechende Alternative zu einer Wirtschaftspolitik, die auf Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen setzt. Eine keynesianische Nachfragepolitik ist in einer international verflochtenen Wirtschaft zum Scheitern verurteilt, da die Nachfrageeffekte nicht zwangsläufig der inländischen Produktion zugute kommen und dieser gleichzeitig auf der Kostenseite dringend benötigte Mittel für Innovationen und Investitionen entzogen werden.

Konkrete Vorschläge des ZVEI und anderer Verbände zum Beispiel zur Bildungspolitik, zur Forschungspolitik, zu einer umfassenden Entschlackung des Steuerrechts und zu einer zukunftsorien-

tierten Tarifpolitik liegen seit langem auf dem Tisch. Fortschritte bei ihrer Umsetzung werden darüber entscheiden, ob die deutsche Elektroindustrie den 1998 gefundenen Anschluß an den weltweit branchenüblichen Wachstumsraten künftig behaupten kann. Dies ist auch die Voraussetzung dafür, daß sich der positive Trend bei der Beschäftigung weiter fortsetzt. Daß dies möglich ist, zeigt der Blick auf die letzten Monate: Bis zum September 1998 stieg die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie gegenüber dem Jahresende 1997 um 25000 auf 866000.

Mehr Dienstleister

Noch deutlicher würde der Zuwachs ausfallen, wenn die amtliche Statistik die in selbständige Dienstleistungsunternehmen ausgelagerten Arbeitsplätze der Elektroindustrie richtig und systematisch erfassen würde. Derzeit fallen immer wieder Arbeitsplätze aus der Branchenstatistik dadurch heraus, daß die Unternehmen Entwicklungs-, Vertriebs- oder Instandhaltungsdienstleistungen in eigenständige Gesellschaften überführen, zum Beispiel, um diese auch Dritten anbieten zu können.

Allerdings verschieben sich auch innerhalb der Industrieunternehmen die Anteile der Wertschöpfungskette immer stärker zu den „Dienstleistern“, die Software erstellen, Beratungen und Planungen, Schulungen, Wartungen und Installationen durchführen. Gegenwärtig erbringt nahezu jeder fünfte der 866000 Beschäftigten der Elektroindustrie – dies sind weit mehr als 150000 – derartige Dienste. Hinzu kommt ein Anstieg der Beschäftigung in Dienstleistungsunternehmen im Umfeld neuer Technologien, insbesondere der

Informations- und Kommunikationstechnik. Hier zeichnen sich mit dem fortschreitenden Wandel zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft weitere Beschäftigungszuwächse ab, ohne daß eine verlässliche Quantifizierung möglich ist. Die Entwicklung einer aussagefähigen statistischen Datenbasis für die industrienahen Dienstleistungen gehört deshalb zu den Kernforderungen des ZVEI an die Politik.

Informationsgesellschaft braucht mehr Wettbewerb

Von der Entwicklung zur globalen Informations- und Wissensgesellschaft wird die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie auch in den nächsten Jahren besonders profitieren. Ihre Produkte, Systeme und Dienstleistungen gewinnen für Gesellschaft und Wirtschaft weiter an Bedeutung:

□ Durch die nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit von Wissen nimmt das Innovationstempo kontinuierlich zu. Mikroelektronik und Software sind die Taktgeber des Fortschrittes für die meisten Wirt-

schaftszweige, insbesondere für den rasch wachsenden Bereich der Informationswirtschaft.

□ Kurze Innovationszyklen und in vielen Feldern hohe Innovationskosten treiben die Internationalisierung und Globalisierung in der Wirtschaft weiter voran. Grenzlose Kommunikation und die fortschreitende politische Integration geben dem Zusammenwachsen der Märkte zusätzliche Impulse.

□ Der globale Innovationswettbewerb zwingt die etablierten Unternehmen zu einer verstärkten Konzentration auf Kernkompetenzen. Dies eröffnet zusätzliche Chancen für den Mittelstand und für neue Unternehmen.

□ Die Arbeitswelt verändert sich grundlegend. An die Stelle festgefügtter Strukturen treten flexible, anforderungsabhängig zusammengestellte Teams, die über die Grenzen von Unternehmen und Nationen hinweg zusammenarbeiten.

□ Unternehmen und Volkswirtschaften in allen Teilen der Welt haben die Chancen der Elektrotechnik und Elektronik erkannt und suchen mit leistungsfähigen Produkten und

Problemlösungen ihre Chancen im weltweiten Wettbewerb.

Die aufgezeigten Entwicklungslinien machen deutlich, daß Flexibilität und Innovationsfähigkeit noch stärker als in der Vergangenheit die einzigen Garanten einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung sind. Auch in Europa und in Deutschland muß sich wieder die Einsicht durchsetzen, daß die hierfür notwendigen Entwicklungen erfolgreich nur von der Privatwirtschaft vorangetrieben und vom Markt gesteuert werden können. Eingriffe in diesen Wettbewerb müssen sich auf ein Minimum beschränken. Freiwilligkeit und Konsens, Eigenverantwortung und Verzicht auf übertriebene Regulierungen sind auch hier die Grundprinzipien. An der Beachtung dieser weltweit gültigen Randbedingungen wird sich auch entscheiden, ob das zu begrüßende Ziel der neuen Bundesregierung, die Zahl der international wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze in Deutschland nachhaltig zu erhöhen, tatsächlich erreicht wird.

Hans-Jürgen Zechlin

Maschinen- und Anlagenbau: Verunsicherung prägt das Klima zum Jahreswechsel

1998 war für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau ein gutes Jahr. Auch im zweiten Halbjahr ist er mit einer Kapazitätsauslastung von 89% noch gut beschäftigt. Der Produktionsanstieg verlangsamte sich jedoch in den Herbstmonaten. Ein Produktionsplus von über 9% in den ersten acht Monaten erlaubt es dennoch, unsere Prognose einer 7% höheren Maschinenproduktion im Jahr 1998 aufrechtzuerhalten. Die Beschäftigung konnte seit

März wieder aufgebaut werden. Für das kommende Jahr rechnen wir allerdings mit einem deutlich geringeren Wachstum der Produktion – aus mehreren Gründen:

□ Im Auftragseingang zeichnet sich eine Tendenz nach unten ab. Sie resultiert aus deutlichen Einbußen im Auslandsgeschäft – mit Ausnahme Westeuropas. Dies läßt den Schluß zu, daß nicht nur die Nachfrage in Ost- und Südostasien eingebrochen ist. Höchstwahrscheinlich gibt es auch Rück-

gänge in Lateinamerika, wo viele Länder am Rande einer Krise stehen, und generell in allen Rohstoffländern, die wegen fallender Rohstoffpreise mit immensen Einnahmeausfällen zu kämpfen haben. Daneben können wir nicht mehr sicher sein, daß die Bestellungen aus den USA weiterhin steigen. Zum einen könnte eine mögliche Abkühlung der amerikanischen Konjunktur die Investitionsneigung dämpfen, zum anderen erschwert die Aufwertung der D-Mark die

Position deutscher Anbieter. Klar ist, daß sich der Maschinenbau 1999 kaum einen Zuwachs vom Export erhoffen kann.

□ Die inländische Investitionsneigung hatte im Laufe dieses Jahres zugenommen. Die Konjunkturinstitute prognostizieren derzeit eine weitere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland, im Schnitt mit einem Wachstum von über 5%. Das verspricht, wenn es zutrifft, eine steigende Inlandsnachfrage nach Maschinen. Sollte 1999 der Inlandsabsatz real in einer Größenordnung von 4% steigen und die Ausfuhr stagnieren, so ergibt sich daraus rechnerisch für den Maschinenbau eine Produktionssteigerung von 2%.

Offen ist vor allem die Frage, ob die deutsche Binnenkonjunktur schon so viel Eigendynamik hat, daß sie auf die Schubkraft des Exports verzichten kann. Das Geschäftsklima in der Industrie mahnt zur Vorsicht. Es ist seit einigen Monaten rückläufig und signalisiert, daß die Investoren zurückhaltender werden. Das könnte sich mit einer mehrmonatigen Verzögerung im Auftragseingang des Maschinenbaus niederschlagen. In einem ohnehin labilen Geschäftsklima würde sich jede zusätzliche Verunsicherung investitionsbelastend auswirken.

Existenzielle Bedeutung des Verlustrücktrags

Die Aussicht auf eine steuerliche Belastung der Wirtschaft in Höhe von 36 Mrd. DM ist nicht gerade angetan, ein gutes Klima für Investitionen zu schaffen. Doch Investitionen sind die Grundlage für neue Arbeitsplätze. Stimmen die Gewinnerwartungen der Unternehmen nicht, werden selbst dringend notwendige Investitionen in

die Zukunft verschoben. Das ist immer dann der Fall, wenn konjunkturelle oder politische Unsicherheiten Zukunftserwartungen unkalkulierbar erscheinen lassen oder wenn über eine zu hohe steuerliche Belastung die für die Finanzierung notwendigen Gewinne abgeschöpft werden.

Gegen eine Streichung von Steuervergünstigungen ist per se nichts einzuwenden – solange sie von einer entsprechenden Senkung der Steuersätze flankiert wird. Bei niedrigen Steuersätzen kann sich eine Volkswirtschaft eine breite Bemessungsgrundlage leisten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen zu beeinträchtigen. Das amerikanische Steuersystem ist dafür ein Beispiel. Doch vor einer Maßnahme haben selbst die US-Amerikaner zurückgeschreckt – und dies aus gutem Grund: der Streichung des Verlustrücktrags.

Der Maschinen- und Anlagenbau muß – eingebunden in den Investitionszyklus – mit ausgeprägten mehrjährigen Konjunkturzyklen leben. Angebracht wäre es, die Gewinne über eine Periode von mehreren Jahren zu ermitteln. Eine Einteilung in Kalenderjahre ist insofern für das Geschäft in unserer Branche willkürlich. Die Steuererhebung muß das berücksichtigen. Sie kann nicht die Gewinne in der Hochkonjunktur stets voll besteuern, die im Konjunkturtal anfallenden Verluste jedoch ignorieren.

Der für 1999 und 2000 eingeschränkte Verlustrücktrag, der ab 2001 vollständig abgeschafft werden soll, schädigt insbesondere den Mittelstand. Für den Mittelstand haben der steuergesetzlich erlaubte Verlustrücktrag von 10 Mill. DM und die ihm daraus zufließende Liquidität in Krisenjahren existenzielle Bedeutung. Keines-

falls kann er in die Kategorie „überflüssige Steuersubventionen“ eingeordnet werden. Der Staat „rückt lediglich ‘raus“, was er zuviel bekommen hat. Das führt nicht zu Steuerausfällen, sondern lediglich zu einer Verschiebung der Steuereinnahmen, die beim Staat nur mit den dafür anfallenden Zinsen zu Buche schlägt.

Tarifrunde 1999

Gefahren drohen auch aus einer anderen Ecke. Mit der Forderung nach 6,5% mehr Lohn hat die IG Metall das „Ende der Bescheidenheit“ eingeläutet. Ein deutlicher Anstieg der Tariflöhne, quer durch die Bank in allen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unangebracht. Denn die angeblich so hohen Gewinnzuwächse in der Industrie sind für den mittelständischen Maschinenbau nicht repräsentativ. Es gibt viele Unternehmen, die noch immer rote Zahlen schreiben oder gerade erst wieder in die Gewinnzone hineingewachsen sind. Diese würden durch eine Steigerung der fixen Personalkosten einen empfindlichen Rückschlag erleiden oder daran zugrunde gehen.

Dazu kommt: Nicht alle Sektoren unserer Branche haben den gleichen Konjunkturverlauf. Selbst einzelne Unternehmen weisen oft von der Branche abweichende Konjunkturverläufe auf. Wichtig wären daher mehr unternehmensindividuelle Spielräume und Platz für einen kreativen Interessenausgleich.

Ausblick

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, dem neuen Jahr mit dem gleichen Optimismus entgegenzusehen wie dem vergangenen. Optimistisch stimmt, daß die Unternehmen heute dank zum Teil

erheblicher Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen für den Wettbewerb besser gerüstet sind. Aufgrund ihrer Innovationsfähigkeit haben viele von ihnen die letzte Krise aus eigener Kraft gemeistert und können als Produzenten von Spitzentechnologie mit beeindruckenden Weltmarktanteilen glänzen. Maschinenbau heute, das ist New Tech und High Tech.

Dürfte ich für das kommende Jahr Wünsche anmelden, so wären es folgende:

□ **Erstens:** Der aktuelle Nachfrageeinbruch in Asien, Rußland und Lateinamerika hat seine Ursprünge in einer Krise der Finanz- und Devisenmärkte. Das Risiko solcher Finanzmarktkrisen, auf die realen Märkte durchzuschlagen, ist gestiegen. Die Verantwortlichen für die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs sollten deshalb möglichst bald Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, durch größere Transparenz der Finanzmärkte und durch verbesserte Bankenaufsicht Turbulenzen wie in diesem Jahr und die davon ausgehenden Gefahren für die realen Märkte zukünftig zu vermeiden.

□ **Zweitens:** Die Tarifparteien sollten die Notwendigkeit erkennen, die Tarifverträge mit mehr Flexibilität auszustatten. Sie können so den Konkurs vieler Unternehmen verhindern, die einen drastischen Personalkostenanstieg gegenwärtig noch nicht verkraften würden.

□ **Drittens:** Wir brauchen eine Steuerreform, die die Wirtschaft wirklich entlastet, ohne bei der Gegenfinanzierung bewährte Prinzipien, die dem Investieren und dem Arbeitsplatzaufbau dienen, über Bord zu werfen. Die Streichung muß sich auf volkswirtschaftlich schädliche „überflüssige Steuer-subsventionen“ beschränken.

Klemens Joos

Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union

Mit Beispielen aus der Versicherungs-, Energie- und Verkehrssicherheitsbranche

Das Buch stellt die Grundlagen für eine Interessenvertretung dar, analysiert und bewertet Interessenvertretungsinstrumente. Schwerpunkt bildet die Entwicklung eines Gesamtmodells zur Strukturierung einer Interessenvertretung, das es einem Unternehmen ermöglicht, anhand eines entsprechenden Leitfadens eine effektive und effiziente Interessenvertretung auf EU-Ebene zu etablieren.

"Vermutlich hat Lobbyismus in Deutschland im Gegensatz zu den USA ein so schlechtes Image, daß man sich nicht offen zu dieser Form der Interessenvertretung bekennt. Andererseits benötigt die Legislative in einer immer differenzierter werdenden Ökonomie Informationen über Produktionsprozesse und Dienstleistungsdetails. Die Betriebswirtschaftslehre muß sich deshalb nicht nur mit dem Problem der Kundenkommunikation befassen, sondern darüber hinaus auch verstärkt um die Kommunikation mit der Legislative bemühen. Ein erster Ansatz zur Strukturierung von Interessenvertretungen wird in der vorliegenden Monographie versucht."

Prof. Dr. Elmar Helten

1998, 213 S., kart., 39,80 DM / 291,- ÖS / 37,- SFr, ISBN 3-87061-773-X

Ines Zenke

Genehmigungszwänge im liberalisierten Energiemarkt

– Eine Studie über § 3 EnWG 1998 (§ 5 EnWG 1935) unter Berücksichtigung des Europäischen Rechts –

Nachdem die Energiewirtschaft jahrzehntelang als Prototyp des natürlichen Monopols galt, soll nun Wettbewerb zu sinkenden Preisen führen. Bei aller Aufbruchsstimmung wird doch an lieb gewonnenen Zwängen festgehalten. Auch das neue EnWG enthält das Erfordernis staatlicher Genehmigung vor der erstmaligen Aufnahme der Drittversorgung mit Strom oder Gas. Führt ein zugangsbefreiter Markt zu den Ergebnissen, die auch § 3 EnWG 1998 anstrebt, nämlich Sicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit, wird diese Regelung zu einem unverhältnismäßigen Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Berufsfreiheit aller Versorgungswilligen. Daneben schottet eine bedarfsorientiert eingesetzte Genehmigung den deutschen Markt vor grenzüberschreitendem Energietransport, wie ihn die europarechtlich normierte Warenverkehrsfreiheit schützen will, ab und erschwert EG-Ausländern die Ausübung ihrer Niederlassungsfreiheit unzulässig stark.

1998, 365 S., kart., 88,- DM / 642,- ÖS / 80,- SFr, ISBN 3-87061-752-7



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH

Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030 / 84 17 70-0
E-Mail:berlin-verlag.spitz@t-online.de